



«Man muss mit Assad verhandeln» «Die einzige Lösung ist die politische Lösung»

Interview mit Carla Del Ponte*

Am Rande der Jahresversammlung der «Humanitären Hilfe Schweiz», die am 18. März in Winterthur stattfand und sich mit der humanitären Lage in Syrien beschäftigte, konnte *Zeitgeschehen im Fokus* ein Interview mit der ehemaligen Schweizer Bundesanwältin Carla Del Ponte führen. Aktuell ist Frau Del Ponte Mitglied der «Unabhängigen Untersuchungskommission in der Arabischen Republik Syrien», die der Uno-Menschenrechtsrat 2011 ins Leben gerufen hat. Durch ihre langjährige Beschäftigung mit den Entwicklungen in diesem Konflikt hat sie Einblick in dessen Dynamik und Auswirkungen bekommen. Im folgenden Gespräch legt sie ihren Standpunkt zur aktuellen Situation in Syrien und die Perspektiven eines Friedens in der Region dar. Geführt wurde das Interview am 18. März, also noch vor dem Unterbruch der Friedensgespräche in Genf.

Zeitgeschehen im Fokus: *Wie beurteilen Sie die Chancen, in den Syrien-Verhandlungen zu einer konstruktiven Lösung zu kommen?*

Carla Del Ponte: Natürlich ist es der Wunsch der Kommission, dass es zu einer politischen Lösung kommt, aber es ist sehr schwer. Die Situation hat sich in all den Jahren sehr verschlimmert, und das macht es natürlich noch schwieriger, zu einem guten Ergebnis zu kommen.

* **Carla Del Ponte** ist Juristin und ehemalige Botschafterin der Schweiz in Argentinien. 1981 wurde sie Staatsanwältin im Tessin und machte sich als Mafia-Jägerin einen Namen. Von 1994 bis 1998 war sie Bundesanwältin der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Danach wurde sie zur Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien (1999–2007) und für den Völkermord in Ruanda (1999–2003) nach Den Haag berufen. Aktuell ist sie Mitglied der unabhängigen Uno-Untersuchungskommission für Syrien.

Was macht die Situation schwieriger als in anderen Konflikten?

Es gibt Teilnehmer des Konflikts, mit denen ein Gespräch nicht möglich ist. Das sind vor allem die terroristischen Gruppen wie ISIS und al Nusra. Man kann mit ihnen nicht sprechen, weil sie auf keinen Fall sprechen wollen. Sie verweigern jeglichen Kontakt.

Kann man bei den aktuellen Friedensgesprächen schon kleine Fortschritte erkennen?

Wir hoffen, dass der Uno-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, einen kleinen Fortschritt erzielen kann. Ich habe ihn gestern gesehen, und er hat gesagt, in diesen Tagen gebe es noch Annäherungsgespräche.

Was muss man sich darunter vorstellen?

Das heisst, er spricht mit der Opposition, er spricht mit der Regierung, aber sie sitzen noch nicht zusammen am gleichen Tisch. Es wäre schon ein Erfolg, wenn es gelänge, dass sich alle gemeinsam an einen Tisch setzen würden.

Welche Lösung sehen Sie in der verfahrenen Situation?

Die einzige Lösung ist die politische Lösung. Das ist sicher. Ob und wann sie erreicht sein wird, das ist offen, aber etwas anderes wird nicht möglich sein.

Wie sehen Sie den Einfluss von aussen?

Mehrere Staaten haben hier Einfluss genommen. Das Gute ist, dass jetzt die USA und Russland zusammen handeln und zusammen sprechen. Das wird eine grosse Hilfe bei der Lösung des Konflikts sein. Es sind die beiden mächtigsten Staaten der Welt.

Assad ist ebenfalls bei den Verhandlungen vertreten, etwas, was von



Carla Del Ponte (Bild: thk)

einigen involvierten Staaten lange abgelehnt wurde. Wie beurteilen Sie das?

Ich habe immer wieder gesagt, dass Assad auch dabei sein muss. Auch die Verhandlungen um Ex-Jugoslawien haben mit Milošević stattgefunden. Damals wurde schon gegen ihn ermittelt. Nein, man muss mit Assad verhandeln, er ist schliesslich der Präsident von Syrien. Wenn man mit dem Staat verhandeln will, muss man es mit seinem Präsidenten

Fortsetzung auf Seite 2

Schweizer Mitgliedschaft in der Nato-Unterorganisation verstösst gegen Neutralität	
Interviews mit Carlo Sommaruga und Luzi Stamm	2–3
Zur Lage in Venezuela	
Interview mit Walter Suter	4
Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs	
von Thomas Kaiser	7
Warum fehlt das Fragezeichen hinter der Freihandels-Doktrin?	
von Reinhard Koradi	8
Die Eigenversorgung mit Energie	
Interview mit Jakob Büchler	10
«Wir stehen für unsere Gemeinden ein»	
von Susanne Lienhard	12
Existenzsichernde Preise in der Landwirtschaft	
von Thomas Kaiser	14
«Wir haben in Vietnam keinen Hunger»	
von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger	15

Fortsetzung von Seite 1

tun. Abgesehen von allen Einwänden, es muss auf alle Fälle mit ihm verhandelt werden.

Sie haben in einem Interview vor drei Jahren gesagt, dass die Opposition Giftgas eingesetzt hätte. Haben Sie das bestätigen können?

Es hat sich bestätigt. Andere, die ermittelt haben, sind auch zu dem Ergebnis gekommen. Wir ermitteln weiter, aber weil wir keinen Zugang zum Land haben, wird es schwerer, dass wir unsere Untersuchungen abschliessen können. Es gibt noch ein besonderes Verfahren, damit man die Ermittlungen durchführen kann, aber wir müssen mit der Regierung kooperieren, damit man an Ort und Stelle die Untersuchungen führen kann, sonst kommt man hier zu keinem Ergebnis.

In der Öffentlichkeit hat man vor allem Assad beschuldigt, das getan zu haben, und von der Opposition hat niemand gesprochen.

Das ist politisch. Man hat diesen Waffeneinsatz politisch missbraucht. Nach unserem Dafürhalten haben beide Seiten chemische Waffen ein-

gesetzt. Aber ich kann es nur andeuten, es gibt keine abgeschlossene Ermittlung. Was wir bisher an Beweisen haben, spricht dafür, dass beide Seiten sie gebraucht haben.

Wo sehen Sie die Aufgabe der Uno-Untersuchungskommission?

Wenn es in einem Land einen bewaffneten Konflikt gibt, ist der Uno-Sicherheitsrat oder der UN-Menschenrechtsrat in der Lage, solche Kommissionen ins Leben zu rufen. Normalerweise geben sie nach sechs bis acht Monaten einen Bericht heraus, und der Sicherheitsrat entscheidet über den Gang an den Internationalen Gerichtshof oder über ein Ad-hoc-Tribunal. In Syrien ist das anders. Wir stehen im sechsten Jahr dieses Krieges, in dem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, ohne dass etwas geschieht.

Wie muss man sich das erklären?

Der Sicherheitsrat ist blockiert, denn die Grossmächte haben das Veto-Recht. Es herrscht also eine völlige Straflosigkeit in Syrien. Diese Kommission existiert also nicht für

sechs bis acht Monate, sondern jedes Jahr wird unser Mandat verlängert. Wir sind die einzige Institution, die versucht, rechtlich zu ermitteln. Wir haben Beweise, dass alle Seiten an Kriegsverbrechen beteiligt waren, aber niemand unternimmt etwas. Für mich als ehemalige Chefanklägerin im Jugoslawien-Tribunal ist es unglaublich, was geschieht, und sehr frustrierend. Wir sind in der Entwicklung der internationalen Gerichtsbarkeit Schritte zurückgegangen und stehen hier wieder am Anfang.

Der begonnene Rückzug Russlands ist eine neue Entwicklung im Syrien-Konflikt. Welche Bedeutung messen Sie diesem bei?

Die Erklärung, die Putin gegeben hat, ist positiv zu beurteilen. Dass Russland sich zu diesem Schritt entschlossen hat, erhöht die Chance auf eine Verhandlungslösung. Das gibt etwas Hoffnung, aber wir werden es erst in der Zukunft sehen.

Frau Del Ponte, vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Thomas Kaiser

Schweizer Mitgliedschaft in der Nato-Unterorganisation vestösst gegen Neutralität

von Thomas Kaiser

Man staunt über das Abstimmungsergebnis im Nationalrat. Ausser SVP und Grüne, die nahezu geschlossen für die Annahme der Motion stimmten, die den Austritt der Schweiz aus der Partnerschaft für den Frieden (Pfp = Partnership for peace) besiegeln sollte, waren es bei den übrigen Parteien nur Einzelgänger, die dafür votierten oder sich der Stimme enthielten. Immerhin wichen drei Spler von der offensichtlichen Parteimeinung ab. Für sie scheint die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Nato ein Problem darzustellen. Carlo Sommaruga, Cederic Wermuth und Corrado Pardini votierten für einen Austritt aus der Pfp und damit aus dem verdeckten Nato-Bündnis.

Wer sich seit längerem bei der SP besonders Nato-freundlich zeigt, ist die sich gerne als Sicherheitspolitikerin präsentierende Evi Allemann. Schon während der Gripen-Abstimmung liess sie verlauten, dass sie, um den Schweizer Luftraum zu

schützen, eine engere Zusammenarbeit mit der Nato ins Auge fassen wolle und die Schweiz deshalb gestrost auf neue Kampfflugzeuge verzichten könne. Damit wäre die Zukunft der Schweiz als Mitglied des grössten Kriegsbündnisses der Welt besiegelt. Das darf nicht sein.

Die Pfp ist das Instrument der Nato, das Anfang der 90er Jahre extra geschaffen wurde, um die ehemaligen Ostblockstaaten – gegen die Abmachung mit der Sowjetunion – und neutrale Länder langsam in die Nato hinüberzuziehen. Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry hatte in den 90er Jahren betont, dass der Unterschied zwischen einer Nato-Mitgliedschaft und der Pfp dünner sein müsse als ein Blatt Papier. Gegründet wurde die Pfp 1994. Anfänglich gehörten ihr 22 Staaten an. Davon sind über die Hälfte, nämlich bereits 12 Staaten, Nato-Vollmitglieder. Der Beitritt der Schweiz zur Pfp geschah in ei-

ner Nacht- und Nebelaktion. Damals unterzeichneten 1996 Adolf Ogi und Flavio Cotti das Dokument, ohne das Parlament zu konsultieren, und führten die neutrale Schweiz bedenklich nahe an die Nato heran.

Dass FDP und CVP nahezu geschlossen gegen die Motion gestimmt haben, ist absolut unverstänlich. Wenn etwas mit der Neutralität unvereinbar ist, dann sicher die Nähe zum Angriffsbündnis der Nato. Selbst in Zeiten grösster Bedrohung, wie sie die Schweiz im letzten Jahrhundert mehrmals gewärtigen musste, war das oberste Prinzip die autonome Selbstverteidigung und die Verteidigung der staatlichen Souveränität. Mit dem Austritt aus der Pfp hätte man nach aussen und nach innen ein deutliches Signal gegeben. Das wurde diesmal verpasst.

Eingereicht hat die Motion Nationalrat Luzi Stamm. ■

Die Schweiz muss aus der PfP austreten

Interview mit Nationalrat Carlo Sommaruga*

Zeitgeschehen im Fokus: *Wie sehen Sie die Rolle der Nato in der heutigen Zeit?*

Nationalrat Carlo Sommaruga: Aus meiner Sicht befindet sich die Nato in einer sehr besorgniserregenden Dynamik eines neuen kalten Krieges mit Russland. Ich bin kein Freund Russlands, das internationales Recht bricht, indem es an der Annexion der Krim festhält und die ukrainischen Separatisten militärisch unterstützt. Ich denke aber, dass die Nato aus rein geostrategischen Interessen, die den USA dienen, mitmacht, die Spannungen zu erhöhen, anstatt den Frieden zu suchen.

Warum haben Sie einem Austritt aus der PfP zugestimmt, welche Punkte haben Sie dazu veranlasst?

Auch wenn ich die Beteiligung – so-

gar die militärische – der Schweiz an friedenserhaltenden Einsätzen unter der Schirmherrschaft der Uno, die nur mit dem zumindest stillschweigenden Einverständnis der fünf Weltmächte beschlossen werden können, befürworte, so bin ich absolut dagegen, dass die Schweiz unter Verletzung des Neutralitätsprinzips militärisch mit einem militärischen Block zusammenarbeitet. Dies ist der Fall bei Pfp mit der Nato.

Warum sind nur so wenige Ihrer Fraktion Ihrem Vorbild gefolgt?

Ich bin sehr überrascht. Ich bin überzeugt, dass dies einen historischen Grund hat. Die Sozialdemokratie hat sich immer vehement gegen Russland als Fahnenträger des internationalen Kommunismus gestellt. Aus dieser Perspektive hat sie den Anschluss der europäischen Länder an die Nato immer befürwortet. Die Schweizer Sozialdemokratie hat die Beteiligung an Pfp unterstützt. Heute ist die Situation eine andere. Der transnationale Kapitalismus bezieht



Nationalrat Carlo Sommaruga (Bild: thk)

die russische Wirtschaft mit ein. Es gibt keine unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Visionen mehr. Der einzige bedeutende Unterschied liegt im Begriff der Demokratie und in der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Kontrolle der Macht. Es gibt aber viel schlimmere Länder, wie Saudi-Arabien oder sogar China, die jedoch Freunde der Schweiz sind und weniger stark kritisiert werden von den Sozialdemokraten. Diese neue Situation ist von meinen Genossen gedanklich noch nicht integriert.

Herr Nationalrat Sommaruga, vielen Dank für das Gespräch.

Die Schweiz muss sich vom offensiven Eingreifen der Nato distanzieren

Interview mit Nationalrat Luzi Stamm*

Zeitgeschehen im Fokus: *Wieso hat es die Motion gebraucht?*

Nationalrat Luzi Stamm: Der Grund liegt darin, dass in der Ausrichtung der Nato ein grosser Wechsel stattgefunden hat. Sie war ursprünglich ein Defensivbündnis und hat dies in den letzten Jahren ganz offiziell geändert. Je offensichtlicher die offensive Ausrichtung wird, desto deutlicher muss die Schweiz signalisieren, dass sie sich von der Nato distanzieret.

Die Nato galt ja lange als Garant für Frieden in Europa.

In letzter Zeit begann die Nato, auch im Zusammenhang mit dem Konflikt Russland-Ukraine eine problematische Rolle zu spielen. Es ist für mich begreiflich, dass Russland das Verhalten der Nato kritisiert. Die Frage der Neutralität unseres Landes rückt damit immer stärker in den Fo-

kus der Betrachtung. In Sachen Neutralität hat die Schweiz früher immer eine glasklare Linie gehabt. Und als Konsequenz des Verhaltens der Nato gegenüber Russland ist mein parlamentarischer Vorstoss entstanden.

Die Abstimmung im Parlament hinterlässt aus dem friedens- und neutralitätspolitischen Blickwinkel ein ungutes Gefühl. Nur 69 Volksvertreterinnen und -vertreter sind der Motion gefolgt. Warum?

Viele haben noch nicht erkannt, wie wichtig es in der heutigen Zeit wäre, dass sich die Schweiz von jedem offensiven Eingreifen distanzieret. Ich bin in den 60er Jahren aufgewachsen, in denen es einen berühmten Slogan der Linken gab: «Stell dir vor, es wäre Krieg, und niemand geht hin.» Heute sagt das niemand mehr. In den letzten 20 Jahren machten sogar linke EU-Regierungen mit, wenn (wie in Ex-Jugoslawien und Libyen) klar völkerrechtswidrig bombardiert wurde. In Konflikten wie in Syrien und der Ukraine sieht man kaum mehr, wer wen



Nationalrat Luzi Stamm (Bild: thk)

destabilisiert und wer wen mit welchen Absichten bombardiert: In Syrien fliegen die Amerikaner, die Russen, die Franzosen, die Deutschen und die Türken Angriffe; vielleicht gegen den IS; vielleicht aber auch gegen die Kurden, gegen Assad oder wen auch immer. Unter dem Namen «peace now» wurden schon viele Kriege geführt, die wenig mit «Frieden bringen» zu tun hatten. Auch eine «Partnership for peace» muss man hinterfragen.

Herr Nationalrat Stamm, vielen Dank für das Gespräch.

Interviews: Thomas Kaiser

* **Carlo Sommaruga** sitzt für die SP/GE im Nationalrat. Er war bis letzten Herbst Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, der er immer noch angehört. Auch ist er Mitglied der Rechtskommission.

* **Luzi Stamm** ist Anwalt und sitzt für die SVP/AG im Nationalrat. Er gehört der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats an, die er 2006/07 präsidierte. Ebenfalls ist er Mitglied der Rechtskommission.

Regierung in Venezuela versucht die wirtschaftliche Lage zu verbessern

Die sozialen Errungenschaften der Bolivarischen Revolution werden nicht in Frage gestellt

Interview mit Walter Suter*

Der südamerikanische Kontinent steht vor neuen Herausforderungen. Verschiedene Staaten, die seit über einem Jahrzehnt versuchen, die neokoloniale Vergangenheit abzuwerfen und sich aus der US-amerikanischen Umklammerung zu lösen, sehen sich wieder einem zunehmenden Einfluss der USA ausgesetzt. War der Nahe Osten lange im Fokus der US-Aussenpolitik, scheint sich in der letzten Zeit das Interesse Richtung Fernem Osten und im eigenen Kontinent Richtung Süden verschoben zu haben. Länder wie Argentinien, Brasilien oder auch Venezuela und Bolivien sind wieder vermehrt im Visier der US-Aussenpolitik.

Die Parlamentswahlen in Venezuela haben der Opposition einen Sieg gebracht, der die Situation für das Land sicher nicht einfacher machen wird. Mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez hatte die Bevölkerung zum ersten Mal seit Jahrhunderten die Möglichkeit, sich aus der Unterdrückung zu befreien. Verschiedene Reformen bis hin zur Verfassungsreform ebneten den Weg zu mehr Demokratie. Ziel der Regierung war es, die Korruption zu bekämpfen und der Bevölkerung mehr Verantwortung zu übertragen. Die Schweiz war an der Entwicklung der Demokratie unter Hugo Chávez nicht unbeteiligt. Im folgenden Interview gibt der ehemalige Schweizer Botschafter in Venezuela und Lateinamerika-

kenner, Walter Suter, Auskunft über die aktuelle Lage in Venezuela.

Zeitgeschehen im Fokus: Was bedeutet das Wahlergebnis vom Dezember 2015 für Venezuela?

Walter Suter: Das Parlament hat jetzt in Venezuela eine oppositionelle Mehrheit, bei den anderen vier Staatsgewalten (Exekutive, Judikative, Wahlrat, Bürgerrat = Generalstaatsanwalt/Ombudsmann/Rechnungshof) nicht, ebenso wenig in den Regionen und den Gemeinden; die halten nach wie vor zur Bolivarischen Bewegung. Auch die Armee steht hinter der Nachfolgeregierung von Hugo Chávez in der Person von Nicolas Maduro. Das heisst, das Kräfteverhältnis zwischen den staatlichen Institutionen hat sich nicht grundlegend verändert.

Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Parlament?

Was hier einen starken Akzent gesetzt hat, ist, dass die Opposition mit 112 Sitzen eine Zweidrittelmehrheit erreicht hat, was erlauben würde, grundlegende Veränderungen einzuleiten. Bei vielen präsidentialen Demokratien, wie es sie auf dem amerikanischen Kontinent einschliesslich den USA einige gibt, ist es üblich, dass der Präsident das Veto-Recht hat. Das darf man natürlich auch nicht überstrapazieren. Im Moment ist bei drei Parlamentariern eines Wahlkreises ungewiss, ob sie ihr Mandat übernehmen können oder ob es dort sogar Neuwahlen geben könnte. Aber auch ohne diese drei Politiker hat das Parlament immer noch eine qualifizierte Mehrheit von drei Fünfteln.

Ist die Opposition ein monolithischer Block?

Nein, sie nennen sich zwar «Tisch der demokratischen Einheit» (MUD), aber die Einheit ist nicht so gross, wie man meinen könnte. Die Vertreter



Walter Suter (Bild: thk)

kommen aus 18 politischen Richtungen. Dabei hat es Leute, von einem ganz linken Spektrum bis zu einem ganz rechten, was nicht bürgerlich konservativ bedeutet, sondern bis zu faschistischen Vorstellungen geht.

Was ist ihr politisches Programm?

Das ist sehr einfach gestrickt. Auf einen Nenner gebracht: Maduro muss weg. Früher richtete es sich gegen Hugo Chávez heute gegen Maduro. Nach zwei Monaten zeigt sich eine starke Polarisierung zwischen der MUD und der Minderheit der Partei von Chávez. Die Bereitschaft der Opposition, mit der Minderheit konstruktiv zusammenzuarbeiten, ist bisher nicht ersichtlich. Vorschläge des Präsidenten, in der momentan angeschlagenen Wirtschaft dringende Massnahmen zu ergreifen, werden aus Prinzip abgelehnt. Der neue Parlamentsvorsitzende hat gar grossspurig behauptet, «in sechs Monaten ist der Präsident weg».

Wie muss man diese Aussage verstehen?

Mit demokratischen Mitteln ist das nicht möglich. Ihr Ziel ist also ganz klar, der Präsident soll so rasch wie möglich von seinem Amt zurücktreten. Maduro hat jetzt die Hälfte seiner Amtszeit hinter sich. Die Opposition könnte darum das Abwahlreferendum lancieren. Offi-

* **Walter Suter** ist seit Januar 2008 Botschafter im Ruhestand und lebt in Bern. Von September 2003 bis August 2007 war er offizieller Vertreter der Schweiz in Venezuela. Als ehemaliger Mitarbeitender des diplomatischen Dienstes des EDA kennt er Südamerika seit 1970. Seine früheren Einsätze im lateinamerikanischen Kontinent führten ihn nach Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay, wo er Zeuge verschiedener politischer Umwälzungen und Übergangsprozesse wurde. Heute engagiert er sich in der Solidaritätsarbeit zugunsten der Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika.

Die «Bolivarische Revolution»

thk. Hugo Chávez, von 1999 bis zu seinem Tod 2013 Staatspräsident Venezuelas, verwendete den Begriff der «Bolivarischen Revolution» für seine politische Bewegung, die er gegen Ende des 20. Jahrhunderts gründete, und berief sich dabei auf Simón Bolívar, den Freiheitskämpfer aus dem 19. Jahrhundert, der Lateinamerika vom Joch der Spanier befreien wollte. Folgende Ziele sind bestimmend für die «Bolivarische Revolution» im Sinne Hugo Chávez':

- nationale Unabhängigkeit
- Einigung Lateinamerikas unter dem Schlagwort «Patria grande»
- politische Beteiligung der Bevölkerung durch Volksentscheide und Referenden
- ökonomische Eigenständigkeit
- eine Ethik des Dienstes am Volk
- gerechte Verteilung der umfangreichen Erdöleinnahmen
- Bekämpfung der Korruption

ziell ist Maduro bis 2019 gewählt, aber so lange scheint die Opposition nicht warten zu wollen. Ein Rücktritt kommt für ihn sicher nicht in Frage, und zwar auch deshalb nicht, weil die Basis der Bolivarischen Bewegung dagegen ist.

Die Basis steht nach wie vor hinter dieser Bewegung?

Man muss klar sehen, dass auch sie eine kritische Haltung gegenüber der Regierung eingenommen hat, vor allem wegen der Fehler in der Wirtschaftspolitik. Was sie aber sicher nicht will, ist eine Regierung der Opposition.

Was schwebt ihnen vor?

Sie wollen, dass innerhalb der Bolivarischen Bewegung ein Prozess in Gang gesetzt wird. Sie wollen eine Korrektur innerhalb ihrer eigenen Reihen. Sie wollen die Errungenschaften der Ära Chávez nicht einfach aufgeben. Die Bolivarische Revolution, wie sie Chávez eingeleitet hat, wollen sie weiterentwickeln. Sie wollen die groben Fehler, die gemacht worden sind und die sie zum Teil direkt dem Präsidenten ankreiden, verbessern. Hier hat sich eine selbstkritische Bewegung gebildet.

Was heisst das für die Opposition?

Sie wird es sehr schwer haben,



Graphik: Zeitgeschehen im Fokus, roho, ©2016

wenn sie meint, sie könnte jetzt die Politik bestimmen und die momentane Regierung zum Teufel jagen. Wenn sie einen Staatsstreich machen wollte, bräuchte sie das Militär, das wird sich dafür nicht einspannen lassen. Noch etwas kommt dazu: Immerhin haben noch 5 Millionen die Regierungspartei gewählt, und das trotz all den Schwierigkeiten, die in diesem Land herrschen.

Wer ist für diese Schwierigkeiten verantwortlich?

Sicher einmal die Regierung, aber häufig waren es auch Sabotageakte der Opposition, die dahinter steckten. Das gilt besonders für den Mangel an Lebensmitteln, die in Venezuela sehr billig sind. Diese wurden organisiert gekauft und dann zu höheren Preisen im grenznahen Ausland wieder verhöckert. Aber

dennoch vertrauen 5 Millionen Venezolaner der Regierungspartei. Das sind zwar 2,5 Millionen weniger als bei der Wiederwahl von Maduro. Diese Stimmen sind aber nicht einfach zur Opposition übergegangen. Sie hat nicht wesentlich mehr Stimmen gehabt als das letzte Mal, nur etwa 5% Stimmen mehr.

Wie ist das zu erklären?

2 Millionen sind Protestwähler, die entweder nicht zur Urne gegangen sind oder «leer» eingelegt haben. Sie haben ihrer eigenen Regierung einen Denkkettel verpassen wollen.

Was heisst das jetzt für die Regierung?

Das heisst, dass jetzt ein selbstreinigender Prozess innerhalb der Partei beginnen muss, wenn sie die

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

2,5 Millionen Wähler wieder zurückgewinnen will. Dieser soll sich an dem seinerzeit von Hugo Chávez verkündeten Prinzip der drei «r» orientieren: «revisar, rectificar, reimpulsar». Das ist der Hintergrund. Der erste Schritt wurde bereits gemacht. Jetzt beginnt die Regierung mit der Korrektur. Sie versucht, die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Dazu gehört auch das Notdekret, mit dem zum ersten Mal nach 40 Jahren der Benzinpreis angehoben wurde. Er liegt aber immer noch weit unter den normalen Benzinpreisen.

Hat das zu grossen Unruhen geführt?

Nein, die Menschen sehen, dass die sozialen Errungenschaften der Bolivarischen Revolution nicht in Frage gestellt werden. Einen ganz entscheidenden Punkt bilden hier die «consejos comunales», die der Bevölkerung zum ersten Mal nach Jahrhunderten der Unterdrückung die Möglichkeit geboten haben, auf der kommunalen Ebene mitzubestimmen, Staatsbürger zu sein und zum ersten Mal einen Personalausweis zu bekommen, der endlich ihre rechtliche Existenz als Bürger dieses Staates bestätigt. Das lassen sich die Menschen nicht mehr nehmen.

Seit wann gibt es in Venezuela diese «consejos comunales»?

Diese basieren auf einem Gesetz, das 2006 verabschiedet wurde. Heute gibt es etwa 40 000 dieser Kommunalräte. Dieses Gesetz basiert auf einem Verfassungsartikel.

Die Essenz dieser Verfassung ist die partizipative Demokratie, das ist das, was unseren Grundsätzen der direkten Demokratie entspricht. Der Verfassungsartikel heisst dann auch «direkte Teilnahme und Mitverantwortung der Bürger an der direkten Demokratie» (corresponsabilidad).

Das erinnert doch auch an unsere Möglichkeiten in der Schweiz.

Ja, darin sind Prinzipien, die auch bei uns Gültigkeit haben, eingeflossen. Neben den persönlichen Kontakten, die ich während meiner Zeit als Botschafter in Venezuela mit den offiziellen Vertretern hatte, gab es auch ganz konkret eine Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Venezuela bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Verfassung. Wir konnten den Präsidenten des Wahlrates und seine Nachfolgerin unabhängig voneinander in die Schweiz einladen und ein Gespräch auf politischer Ebene führen mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und der Bundeskanzlei, die für Wahlen verantwortlich ist, sowie dem Föderalismusinstitut der Universität Freiburg, das damals unter der Leitung von Professor Thomas Fleiner stand. Aufgrund dieser Kontakte und Gespräche wurde Professor Fleiner 2007 nach Venezuela eingeladen, um die Institution und den neuen Aufbau mit 5 Staatsgewalten kennenzulernen. Das war sehr eindrücklich. Wir konnten den Vize-Präsidenten Venezuelas sowie die Vorsitzenden der 4 anderen Staatsgewalten besuchen. Professor

Fleiner kehrte damals mit einem positiven Eindruck in die Schweiz zurück. Er hatte beobachten können, wie sich die einzelnen Gewalten im Staate entwickelt hatten. Eine Folge davon war, dass man einige Juristen aus dem obersten Wahlrat eingeladen und ein Seminar am Föderalismus Institut durchgeführt hatte. Hier gab es noch einmal einen Austausch auf der Ebene von Juristen und Staatsrechtlern. Gedanken und Erfahrungen der schweizerischen direkten Demokratie sind dort direkt eingeflossen.

Inwieweit waren Sie als Botschafter daran beteiligt?

Ich habe mich als Schweizer Botschafter in Venezuela damals dafür eingesetzt, dass von der Schweiz her ein Interesse an dieser neuen Verfassung entsteht. Wenn es andernorts Bestrebungen gibt, den Bürgern mehr Mitsprache einzuräumen, wer soll das denn besser unterstützen können als die direktdemokratische Schweiz? In dem Sinne hoffe ich natürlich, dass dieses Modell in Venezuela erhalten bleibt und dass im Interesse der gesamten Bevölkerung für die dringend notwendige Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten allernächstens ein minimaler Konsens zwischen der Regierung und der Opposition zustande kommt.

Herr Alt Botschafter Suter, vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Thomas Kaiser

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: 18mal jährlich

Herausgeber: Verein «Zeitgeschehen im Fokus» | Postfach | 8305 Dietlikon

Redaktion: Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hgg), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung: Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt: redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online: www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2016 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abo-Preise

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe: CHF 45.00/Jahr

Print- und Online-Ausgabe: CHF 75.00/Jahr

Einzelausgabe: CHF 4.00

Bestellung: abo@zgjf.ch

Online: www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/abo/

Bestell-Talon auf Seite 8

Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs vom Nationalrat verlangt

Gestärkte Position der Schweiz gegenüber der EU

von Thomas Kaiser

Das 1992 vom Bundesrat eingereichte EU-Beitrittsgesuch soll nach dem Willen des Nationalrats nach 24 Jahren endlich zurückgezogen werden. Mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit beauftragte der Nationalrat als erste Kammer den Bundesrat, das Beitrittsgesuch für nichtig zu erklären. Anlass für diesen Rückzug ist die Motion von Nationalrat Lukas Reimann aus dem Jahre 2014, die genau diesen Schritt vom Bundesrat verlangt.

Bereits im Juni 2015 war diese Motion traktandiert, doch wurde sie damals aus «Zeitgründen» verschoben. Der Motionär Lukas Reimann, auf diesen Vorgang angesprochen, gab zu verstehen, dass es kein Zufall sein könne, dass man diese Motion mit

allen Mitteln verzögert habe. «Als die Motion im Juni 2015 bereits traktandiert war, brach der damalige Ratspräsident die Sitzung des Nationalrats vorzeitig ab und schickte die Parlamentarier auf die Fraktionsreise. Damit war das Geschäft zunächst vom Tisch.»

Auch in dieser Session sah es ganz danach aus, als ob das Traktandum nicht mehr behandelt werden sollte. Lukas Reimann spricht von einer «Filibusterrede», mit der Bundesrat Didier Burkhalter beabsichtigte, die Abstimmung über diese Motion so weit hinauszuzögern, damit diese wie ein Jahr zuvor nicht mehr behandelt werden könne. Reimann griff in dieser Situation zum Instrument des Ordnungsantrags, dem das Parlament statt gab, und zwang somit den Bundesrat, das Traktandum doch

noch zu behandeln. «Hätte ich das nicht getan, wäre mein Antrag sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden», kommentierte Lukas Reimann. Das Ganze erhält noch besondere Brisanz, weil die Entscheidung darüber, wann über welches Geschäft abgestimmt wird, beim Parlamentspräsidium und damit bei der Ratspräsidentin Christa Markwalder liegt. Markwalder gehört wie eine Zeitlang auch Didier Burkhalter der Organisation «Neue Europäische Bewegung Schweiz» (Nebs) an, die auf einen schnellen Beitritt zur EU hinarbeitet.

Als eine Abstimmung dank dem vom Parlament angenommenen Ordnungsantrag nicht mehr zu verhindern war, versuchte Burkhalter den Inhalt der Motion ins Lächerliche

Fortsetzung auf Seite 8

Motion Lukas Reimann

EU-Beitrittsgesuch. Klarheit schaffen!

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, das Gesuch des Bundesrates über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (Beitrittsgesuch) zurückzuziehen.

Bisher behauptete der Bundesrat stets, ein Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs sei nicht möglich und führe zu Irritationen mit der EU. Dass es auch anders geht, beweist das Efta-Land Island: Es hat im Februar 2014 formell sein Gesuch um Mitgliedschaft in der EU zurückgezogen.

Begründung

Zu welcher Irritation das EU-Beitrittsgesuch führt, zeigte sich auch im Nachgang zur Abstimmung vom 9. Februar 2014. Der luxemburgische EU-Abgeordnete Fränk Engel sagte in der Zeitung «Das Wort», der Schweizer Volksentscheid komme «einem faktischen Austritt» der Schweiz aus der EU gleich. Das Beitrittsgesuch liegt noch immer hochoffiziell in Brüssel. Auch neue Verhandlungen – wie das Rahmenabkommen – geschehen vor dem Hintergrund, dass das Beitrittsgesuch

in Brüssel deponiert ist. Dementsprechend behandelt die EU die Schweiz bei Verhandlungen auch wie ein Land, welches der EU offiziell beitreten möchte, und nicht wie eine unabhängige, eigenständige Nation. So verlangt die EU von der Schweiz auch die Übernahme von EU-Recht in fast allen Bereichen. Wenn wir in zukünftigen Verhandlungen mit der EU erfolgreich sein und als eigenständiges, unabhängiges Land anerkannt werden wollen, müssen wir das Gesuch jetzt zurückziehen.

Den Scheuklappen-Blick der ewiggestrigen EU-Turbos, die seit Jahrzehnten nur den Beitritt wollen, können wir uns nicht mehr leisten. Die Welt verändert sich, und die Nachteile eines EU-Beitrittes waren nie so offensichtlich wie jetzt.

Als Schweiz haben wir die Möglichkeit, zu zeigen, dass es ohne EU besser geht und dass es Alternativen gibt. Das tun wir. In den verschiedensten Statistiken bezüglich Innovationskraft, Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit, geringe Schuldenlast, Stabilität und vieles mehr überflügeln wir die EU bei Weitem. Einen vernünftigen Grund,



Nationalrat Lukas Reimann (Bild: thk)

der EU beizutreten, gibt es nicht! Im Gegenteil: Als EU-Mitglied würden wir zum Nettozahler eines maroden Konstrukts, und die einmaligen Volksrechte würden reine Makulatur.

Eine Debatte über die Aussenpolitik ist notwendig, aber nicht über den EU-Beitritt: Diese ist geführt, und das Volk ist klar gegen den EU-Beitritt. Im Hinblick auf neue EU-Verhandlungen ist es allerhöchste Zeit, das EU-Beitrittsgesuch formell und offiziell zurückzuziehen.

Quelle: www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?Affairid=20143219

Fortsetzung von Seite 7

che zu ziehen und seine mögliche Niederlage mit beissender Ironie zu kaschieren. Dabei griff er verbal in die unterste Schublade. Er versuchte mit allen Mitteln, die Motion als «unbedeutend» und «gegenstandslos» abzuqualifizieren, was wenig überzeugend wirkte. Dass er am Schluss sogar für die Annahme der Motion warb, stand im krassen Widerspruch zu seinen Aussagen. Damit wollte er wohl sein Gesicht vor der drohenden Niederlage wahren.

Das Ergebnis der Abstimmung war selbst für den Motionär Reimann unerwartet, wie er offen und ehrlich zugab: «Ich war selbst überrascht, weil bisher alle übrigen Fraktionen diesen Schritt immer bekämpft hatten.» Angesprochen auf die Ursache, die zu diesem deutlichen Ergebnis führte, meinte Lukas Reimann, die EU sei in einem schlechten Zustand und wer wolle schon solch einem Verein beitreten. Er schloss aber nicht aus, dass es auch taktische Überlegungen gewesen sein könnten, die zu der hohen Zustimmungsrate geführt hätten. Tatsächlich ist es so, dass 126 für die Motion Lukas Reimann und nur 46 dagegen votierten. Erstaunlicherweise votierten sowohl die CVP- als auch die FDP-Fraktion nahezu geschlossen für den Rückzug des Beitrittsgesuchs. Dies ist umso bemerkenswerter, als Bundesrat Burkhalter die Motion zuvor als völlig unsinnig, anachronistisch und absolut bedeutungslos deklariert hatte. Damit hatte Burkhalter die Wirkung der Motion völlig unterschätzt oder eben vielleicht auch nicht.

Einmischung in innere Angelegenheiten

thk. Während unsere Medien diesen Entscheid mehr oder weniger totschweigen, wird in der englischen Presse der Schritt des Schweizer Parlaments genauestens beobachtet und kommentiert. Da Grossbritannien die Möglichkeit hat, über den Austritt aus der EU abzustimmen, gibt das den Befürwortern dieses Austritts ein starkes Argument an die Hand, nämlich dass ein Leben, ohne Mitglied der EU zu sein, sehr gut möglich ist und nur Vorteile bringt. Für die britischen EU-Befürworter wird die Luft immer dünner.

In diese innerstaatliche Diskussion mischt sich der Schweizer Botschafter an der EU, Roberto Balzeretti, ein. Bei einem Abendessen mit Journalisten plädierte er für einen Beitritt der Schweiz zur EU, indem er den Anwesenden sagte: «Was sie kennen sollten, ist die Situation in der Schweiz, denn ein Mitgliedsstaat der EU zu sein, ist sehr viel angenehmer.»¹ Weiter warnt er davor, dass Grossbritannien auch nach einem Austritt die Regeln der EU befolgen müsse.

Doch nicht nur der Schweizer Botschafter fühlt sich bemüssigt, den Briten zu erklären, was sie im Juni abzustimmen haben. Auch der ehemalige Bundesrat Pascal Couchepin, ebenfalls Mitglied der Nebs, meldet sich in einem Artikel zu Wort², in dem er ebenfalls die Briten vor einem Schritt ins Ungewisse warnt. Dabei behauptet er: «Das Schweizer Modell ist eine

schlechte Wahl für Grossbritannien nach dem Brexit.» Er will den Briten weismachen, dass es besser für sie sei, in der EU zu bleiben, da sie so vollen Marktzugang hätten. Er listet in seinem Text verschiedene Aspekte auf, die für einen Verbleib in der EU sprechen sollten. Dabei warnt er vor allem vor der Ungewissheit, die ein Austritt aus der EU mit sich bringen würde.

* * *

Es ist doch sehr unüblich, dass ein Botschafter aus der Schweiz sich in die Angelegenheiten eines anderen Landes einmischt und öffentlich dazu Stellung nimmt. Mehr als nur stossend ist, dass er dabei gegen das eigene Land Stellung nimmt. Auch wenn der Botschafter versuchte, das ganze herunterzuspielen und als Äusserung im privaten Rahmen abzutun, bleibt die Frage, warum er sich überhaupt so geäussert hat.

Dass Pascal Couchpin ein EU-Turbo ist, ist sattsam bekannt, und dass er die Schweiz am liebsten im grossen Ganzen hätte aufgehen sehen wollen auch, aber dass er als ehemaliger Bundesrat so weit geht und sich in Angelegenheiten anderer Staaten einmischt und gegen die Interessen des eignen Landes spricht, lässt sehr tief blicken.

¹ www.politico.eu/article/swiss-to-uk-youll-miss-being-at-the-eu-table-brexite-roberto-balzeretti/

² www.cityam.com/235765/why-the-swiss-model-would-be-a-poor-choice-for-britain-post-brexite

Fast die gesamte europäische Presse berichtete über diese Abstimmung im Nationalrat. «Das Medienecho», so Lukas Reimann, «war überwältigend und völlig unerwartet. Die «Times» hat dem ganzen Vorgang eine halbe Seite eingeräumt. Das will schon etwas heissen.» Welche Bedeutung dieses Ergebnis hat, ist für Lukas Reimann of-

fensichtlich. «Wenn man in einem Verein Mitglied werden will, dann muss man sich an die Regeln halten, sonst geht es nicht. Wenn man aber nicht dabei ist, ist man frei und kann auf gleicher Ebene verhandeln, das ist etwas ganz anderes. Ich erhoffe mir für unser Land dadurch eine gestärkte Position gegenüber der EU.» ■



Abo-Bestellung

Zeitgeschehen im Fokus

Ich abonniere Zeitgeschehen im Fokus:

- Online-Ausgabe** jährlich für CHF 45.00
 Print- und Online-Ausgabe jährlich für CHF 75.00
 Einzelausgabe für CHF 4.00

Bitte einsenden an

Verein «Zeitgeschehen im Fokus» | Postfach | 8305 Dietlikon

Absender

Vorname _____

Name _____

Adresse _____

PLZ _____

Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Warum fehlt das Fragezeichen hinter der Freihandels-Doktrin?

von Reinhard Koradi

Aufgeschreckt durch die Vermutung, dass die USA und die EU bald einmal ihr transatlantisches Wirtschaftsabkommen (TTIP) unter Dach und Fach bringen könnten, fordert die der Exportwirtschaft nahestehende Organisation «Handel Schweiz» das «Andocken» der Schweiz an dieses sehr umstrittene Vertragswerk.

Begründet wird der Vorstoss durch «Wohlstandsverluste», die die Schweizer Bevölkerung bei einem Abseitsstehen hinnehmen müsste. Es wird mit Exporteinbussen von bis zu 15% und einem Einkommensverlust von 7% für den einzelnen Bürger gedroht. Diese Behauptungen dürfen ohne weiteres angezweifelt werden, auch wenn sie sich auf Modelle und Berechnungen von Forschungsinstituten berufen. Modelle können die Wirklichkeit nur unscharf abbilden, denn je nach Wahl der Parameter und ihrer Gewichtung und der angewendeten Formel lassen sich beliebige Werte konstruieren. Abgesehen davon dürften gerade in Bezug auf den Freihandel mathematische Modelle versagen, da letztlich qualitative Einflussfaktoren eine weit grössere Bedeutung haben, als irgendwelche Zahlengerüste.

Wettbewerbsführerschaft durch Exzellenz

Die Wirtschaftsverbände sehen den Freihandel als Freipass für den Markterfolg auf ausländischen Märkten. Absatzchancen auf ausländischen Märkten beruhen aber bei weitem nicht nur allein auf Grenzöffnungen. Nachhaltige Wettbewerbsvorteile haben ihren Ursprung in den Standortvorteilen des Produktionslandes, dem Know-how der Firmen und der Qualifikation der Mitarbeitenden. Die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund herausragender Leistungen respektive Produkte eröffnet in einem von Massenprodukten und Tiefstpreisen überschwemmten Markt hervorragende Perspektiven für kleine und hochentwickelte Volkswirtschaften wie die Schweiz.

Durch Freihandelsverträge werden gerade diese strategisch bedeutungsvollen Faktoren zur Erhaltung

und Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit eliminiert. Konkurrenzkampf durch Vereinnahmung ist ein bewährtes Vorgehen, um Konkurrenten auszuschalten. Mit der gegenseitigen Angleichung der Produktionsstandards, der Übernahme entsprechender Vorschriften und Gesetze sowie der Ausschaltung nationaler Rechtsprechung erfolgt eine schleichende Nivellierung nach unten. Die Chancen für eine Wettbewerbsführerschaft durch Exzellenz werden durch Administration und Zentralismus desavouiert. Die Aussicht sich durch Qualität, Service und Zuverlässigkeit (Mehrwert) dem Mengen- und Preiswettbewerb zu entziehen, löst sich mit der Gleichschaltung auf. Die kleineren Volkswirtschaften tauschen ihre Wettbewerbsfähigkeit gegen einen vermeintlich freien Marktzutritt ein und verlieren dadurch den notwendigen Freiraum, um auf den nationalen und internationalen Märkten durch Abgrenzung und Diversifikation gegenüber der Massenproduktion zu bestehen.

Es ist dann auch überhaupt nicht überraschend, dass bei einer genauen und objektiven Suche nach den Gewinnern des Freihandels immer die «Grossen und Mächtigen» an erster Stelle stehen.

Freihandelsabkommen sind keine Einbahnstrassen

Die Freihandelsbilanzen kleinerer oder weniger entwickelter Volkswirtschaften zeigen nur zu deutlich, dass die «Ströme» von aussen nach innen weit grössere Dimensionen annehmen als umgekehrt. In der Schweiz stiegen zum Beispiel die Importe aus den Ländern der Vertragspartner weit mehr als die Exporte aus der Schweiz in diese Länder. Unsere Exportwirtschaft wäre vermutlich gut beraten, wenn sie ihre sakrosankte Verherrlichung des Freihandels einer ernsthaften Überprüfung unterziehen würde.

Es fehlen eindeutige, objektive Beweise für die Wohlfahrtsförderung durch den Freihandel. Wohlfahrt geht weit über ökonomische Kenn-

zahlen hinaus. Die sogenannten vier Freiheiten – freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- sowie Kapital- und Zahlungsverkehr –, die in die Freihandelspakete eingepackt werden, können erhebliche Nachteile für die einheimische Bevölkerung bringen (fremde kulturelle Einflüsse, Bildungsabbau, Überlastung der bestehenden Infrastruktur, Dichtestress usw.). Die flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit bestätigen diese Nachteile, sind doch berechnete Befürchtungen vorhanden, dass einheimische Arbeitgeber und das Lohnniveau in der Schweiz durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte unter Druck geraten können.

Politische Konsequenzen

Vor allem haben Freihandelsabkommen weitreichende politische Konsequenzen. Diese werden in der Diskussion zwar ausgeblendet, was allerdings nur deren Realität bestätigt. Vermeintliche wirtschaftliche Vorteile dürften durch den Souveränitätsverlust der betroffenen Staaten mehr als aufgewogen werden. So lenkte der liberale Ökonom Wilhelm Röpke schon bei der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) das Augenmerk auf die negativen Folgen von Freihandelsabkommen für die Selbstbestimmung der Nationen.

Bereits in Bezug auf die damalige EWG stellt er fest, dass sich die europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu anschicke «mehr und mehr dem einzelnen Land die Entscheidung über die wünschenswerte Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik aus der Hand zu winden». (Röpke, 1965, S. 17)

Wieviel mehr Bedeutung gewinnt diese Aussage in Bezug auf die heutigen und anstehenden Freihandelsabkommen?

Die Abkommen über den Freihandel haben die ökonomischen Grenzen bei weitem überschritten und greifen massiv in die Hoheitsrechte der betroffenen Staaten ein. Gerade die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Fortsetzung auf Seite 10

(TTIP) geht diesbezüglich ganz neue Wege. Die das Vertragswerk betreffende Gesetzgebung erfolgt nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern wird durch die USA respektive durch die transnationalen Konzerne zu deren einseitigem Vorteil diktiert. Selbstverständlich erfolgt dann auch die Rechtsprechung nach dem Gutdünken der Konzerne.

Wenn der «Handel Schweiz» sich

für ein Andocken an TTIP stark macht, nimmt diese Wirtschaftsorganisation stillschweigend den Verlust unserer Rechtsouveränität in Kauf. Für die Schweiz bliebe «nur» der automatische Nachvollzug. Für unser Land nachteilig ist auch die von der Landwirtschaft geforderte Opferbereitschaft. Der ausgelegte Köder, die Bauern – primär die Milchwirtschaft – könnten ebenfalls profitieren, dürf-

te allein durch die realen Marktverhältnisse entschärft werden.

Die Schweiz hat starke Trümpfe in der Hand, die sie bis anhin unverständlicherweise zurückhielt. Statt alle Energien und auch erhebliche finanzielle Mittel mit dem Drängen in die Freihandelsknechtschaft zu vergeuden, sollten wir die Stärken der Schweiz wieder entdecken, aktivieren und fördern. ■

Die Eigenversorgung mit Energie ist ein wichtiger Aspekt der staatlichen Souveränität

Kleinwasserkraftwerke leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit

Interview mit Nationalrat Jakob Büchler*

Zeitgeschehen im Fokus: In der Frühjahrssession gab es eine Debatte über die Energiestrategie 2050. Einige Punkte wurden vom Nationalrat korrigiert. Sind diese Veränderungen als positiv zu betrachten?

Nationalrat Jakob Büchler: Was der Nationalrat in dieser Session verabschiedet hat, beinhaltet sehr viele positive Aspekte. Was mich jedoch stört, ist die Untergrenze bei den Kleinwasserkraftwerken, die für Unterstützungsgelder bedeutend ist. Man hat in Artikel 19 die Untergrenze von 300 Kilowatt gestrichen und auf 1 Megawatt hinaufgesetzt. Der Ständerat wird uns darin unterstützen, die Untergrenze für Unterstützungsgelder vom Bund wieder auf 300 Kilowatt herabzusetzen.

Was wäre bei einer Untergrenze von 1 Megawatt problematisch?

Die Kleinwasserkraft hat in der Schweiz eine grosse Bedeutung. Alle Kleinwasserkraftwerke in der Schweiz zusammen produzieren rund 1000 Gigawatt. Das ist sehr viel Strom. Wenn wir das nicht mehr haben, wird das den Ausstieg aus der Atomkraft verzögern. Die Schweiz muss nach dem Abstellen der Atomkraftwerke 40 Prozent des Stromes aus anderen Quellen gewinnen, das werden wir kurzfristig kaum erreichen. Die Kleinwasserkraft wird hier ebenfalls einen bedeutenden Beitrag leisten müssen.

* **Jakob Büchler** ist Nationalrat und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Er ist Präsident des Interessenverbands der Schweizer Kleinwasserkraftwerk-Besitzer (ISKB), steht dem Verein für eine sichere Schweiz vor und präsidiert den St.Galler Kantonschützenverband.

Ist das denn eine Gefahr, dass das kurzfristig geschehen würde?

Die Initiative «Der sofortige Ausstieg aus der Kernkraft» verlangt, dass 2029 das letzte Kernkraftwerk abgestellt wird. Dies würde die Schweiz nie verkraften.

Warum nicht?

60 Prozent unseres Stroms werden durch Wasserkraft gewonnen, rund 40 Prozent kommen aus den AKWs. Leider können wir auch hier kaum mehr Effizienz erreichen, denn die gleichen Kreise, die die Kernkraft bekämpfen, sind auch dagegen, dass man zum Beispiel am Grimselstausee die Mauern erhöht und somit die Kapazität vergrössern könnte. Es ist ein völliger Widerspruch.

Wie steht es bei der Solarenergie?

Wir haben in der letzten Zeit sehr viele neue Anlagen errichtet. Klar ist, dass die Erstellungskosten hier viel höher sind als bei der Wasserkraft. Deshalb ist es schwierig, das mit der Wasserkraft zu vergleichen. Aber auch hier haben wir das gleiche Problem wie mit den höheren Staumauern. Die Umweltschützer sind immer zur Stelle.

Warum das? Was stört denn hier?

Auf dem Gemeindegebiet von Amden am Walensee gibt es einen stillgelegten Steinbruch. Hier besteht der Plan, eine Wand mit Solarzellen zu errichten, aber die Naturschützer sind dagegen. Es sei eine Verschandelung der Landschaft, ist ihre Argumentation. Man hat ein Modell gefertigt und gesehen, dass es nicht so



Nationalrat Jakob Büchler (Bild: thk)

störend wäre. Jetzt ist die Felswand beige-grau und nachher wäre sie dunkelbraun, was sehr gut zum grünen Wald passen würde. Das Besondere an der Anlage wäre, dass sie durch die Spiegelung des Walensees die doppelte Wirkung entfalten könnte. Es gibt kaum eine Solarwand, die einen grösseren Wirkungsgrad hätte. Aber die Naturschützer, der WWF, linke Kreise etc. sind dagegen.

Wie kann man diese vor uns liegende Aufgabe, den langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie, bewältigen, wenn immer wieder solche Projekte zu Fall gebracht werden, die sinnvoll sind?

Es gibt nichts anderes, wir müssen einen Weg zusammen finden, mit dem wir möglichst eigenständig unseren Energiebedarf decken können. Das wird kaum zu schaffen sein, aber wir müssen einen möglichst hohen Prozentsatz unserer benötigten Energie selbst produzieren, und das nachhaltig, damit auch kommende Generationen ihren eigenen Strom produzieren können und wir uns nicht völlig vom Ausland abhängig machen, zumal wir

nicht einmal wissen, woher der Strom dort eigentlich kommt.

Aktuell ist vor allem die Grosswasserkraft in den Schlagzeilen unserer Medien. Was ist der Grund dafür?

Die Situation der Grosswasserkraft hat sich verschlechtert. Es sind Milliarden dort investiert worden, doch steht man vor der Tatsache, dass der Strompreis kontinuierlich sinkt. Das ist zu vergleichen mit den Benzinpreisen. Wie lange die Baisse anhält, weiss niemand. Theoretisch könnte es schon morgen zu einer Trendwende kommen.

Was ist der Grund für das kontinuierliche Sinken des Strompreises?

Das hängt mit dem Überangebot an Strom in Europa zusammen. Strom wird über die grossen Netze über den Globus verteilt. Auch die Schweiz ist hier mit eingebunden. Es gibt also keine autarke Schweiz, die allen Strom, den sie verbraucht, auch im Land produziert. Trotzdem müssen wir einen hohen Selbstversorgungsgrad und eine gewisse Eigenständigkeit bewahren. So lange man abhängig ist, ist man auch erpressbar. Unter gewissen politischen Be-

Finger weg von unseren Stauseen

«Wer die Seen und Mauern nun verkaufen will, handelt sich Ärger ein. Zu Recht: Es ist ein Glück, dass in unserem Land das Wasser steiler als anderswo von oben nach unten läuft und so sauberen Strom produziert. Es wäre unsinnig, entsprechende Kraftwerke ins Ausland zu verkaufen, nur damit Bilanz und Bonus der Betreiberfirma wieder stimmen. Mag die Lage auf dem internationalen Strommarkt widrig sein: Wir werden unsere Wasserkraft noch brauchen. (...) Die Alpiq gehört bereits zu 25% der «Electricité de France» (EDF). AKW und Stauseen werden in der liberalen Schweiz nicht vor ausländischem Zugriff geschützt – anders als in anderen Ländern. Versuchen Sie einmal, in den USA «kritische Infrastruktur» zu erstehen; intensive Gespräche mit dem «Committee on Foreign Investment» sind Ihnen gewiss», schreibt der Autor des Artikels, und mahnt: «Wer schöne Staumauern hat, soll heute achtgeben auf sie. Sonst kauft er morgen den in seinen Bergen gewonnenen Strom von ausländischen Anbietern.»

Quelle: «Flirt mit der Flut» von David Hesse in: Tages-Anzeiger vom 12.03.16



Das Kleinwasserkraftwerk im Toggenburg liefert Strom für 70 Haushalte. (Bild: thk)

dingungen kann es ohne weiteres möglich sein, dass man Sanktionen ergreift und ein Land von der Stromversorgung abschneidet. Wir kennen solche Szenarien aus dem letzten Jahrhundert zum Beispiel bei der Ölverknappung (Ölkrise usw.). Wir brauchen Energiesicherheit und saubere Energie.

Was ist mit Alpiq und der Axpo los?

Sie haben aufgrund der billigen Strompreise ein Problem. Was jetzt in der Presse zu lesen ist, dass einige Stauseen verkauft werden sollen, kann nicht die Lösung sein. Dass es finanzielle Engpässe gibt, das ist bekannt, aber, ob Stauseen zu verkaufen die einzige Lösung sein soll, ist nicht nachvollziehbar, zumal der Strompreis nach dem Verkauf eines Stausees nicht höher wird. Ein Stausee hat eine immense Sicherheitsrelevanz, man muss die Mauern ständig warten und kleinere Schäden ausbessern. Hinzu kommt noch, dass eine Staumauer geschützt werden muss. In einem Extremfall kann man Staumauern bombardieren und somit ganze Täler ausrotten. Also, das ist schon eine ganz heikle Angelegenheit. Es ist absolut unverständlich, dass man Stauseen dem freien Markt aussetzen will. Aber das möchte ich erst einmal von den Firmen selbst hören, was sie sich eigentlich vorstellen. Abgesehen davon gehören die Stauseen der Allgemeinheit, sie gehören dem Volk als gemeinsames Gut.

Wie werden sich die Strompreise entwickeln?

Wenn es wieder eine Trendwende gibt, ist alles neu zu betrachten. Vor

drei Jahren hätte doch niemand erwartet, dass der Ölpreis so stark sinken wird. Sowohl beim Erdöl als auch beim Strom kann es sehr schnell eine Trendwende geben, und wenn wir jetzt alles verkaufen, begeben wir uns möglicherweise in eine Abhängigkeit vom Ausland, was auf keinen Fall unser Ziel sein kann.

Damit wird die Energiefrage zur sicherheitspolitischen Frage ...

... auf alle Fälle. Die ganze Frage rund um Stauseen hat eine ganz grosse Sicherheitskomponente. Staumauern und Stauseen hat die Armee auf der Liste der schützenswerten Objekte. Wenn irgendwo eine Staumauer Risse aufweisen würde oder Terroristen drohen würden, sie in die Luft zu jagen, dann sind wir mit allen technischen und militärischen Fähigkeiten gefordert. Das hätte verheerende Auswirkungen. Die ganze Sicherheitsfrage hängt auch mit dem Selbstversorgungsgrad zusammen, den wir nicht nur erhalten, sondern sogar erhöhen sollten sowie die Abhängigkeiten verringern und die Wirtschaftlichkeit erhalten. Hier spielen die Kleinwasserkraftwerke ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie sollten unbedingt erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Diese sind meist auf Initiative von einzelnen entstanden, weniger um das grosse Geld zu machen, als viel mehr um einen kleinen Beitrag zur Stromversorgung zu leisten, und das hat doch vor allem einen ideellen Wert.

Herr Nationalrat Bächler, vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Thomas Kaiser

«Wir stehen für unsere Gemeinden ein»

Die 26 Schaffhauser Gemeinden wollen keine verordneten Zwangsfusionen

von Susanne Lienhard

Die Schaffhauser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich am 28. Februar klar gegen die zwei vorgelegten Gemeindefusionsprojekte ausgesprochen und damit ein deutliches Zeichen für den Föderalismus und das von unten nach oben aufgebaute Schweizer System gesetzt.

Die Schaffhauser sollten primär darüber entscheiden, ob der Regierungsrat beauftragt werden soll, eine Strukturreformvorlage auszuarbeiten. Gleichzeitig sollten sie auch die Stossrichtung des auszuarbeitenden Projekts festlegen. Es standen zwei Varianten zur Wahl. Im Modell A sah der Kanton vor, die 26 bestehenden Gemeinden zu «wenigen leistungsfähigen Gemeinden» zu fusionieren. Modell B wollte die vollständige Abschaffung der Gemeindeebene und die Errichtung eines Stadtkantons mit zentraler Einheitsverwaltung.

Kritische Stimmen

Zum Modell A der Zwangsfusionen gaben Kritiker zu bedenken, dass der Wille zur Zusammenarbeit von unten wachsen und von den Gemeinden demokratisch legitimiert werden müsse. Die Anliegen in den Dörfern seien nicht dieselben wie in den Städten; so würde zum Beispiel bei einer Fusion der Stadt Schaffhausen mit Neuhausen die politische Balance zwischen Stadt und Land empfindlich gestört.

Was die Abschaffung der Gemeindeebene beim Modell B betrifft, betonten sie, dass der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip – zusammen mit der direkten Demokratie – zu den Erfolgspfeilern der Schweiz gehören: «In unserem Land ist die Macht auf den Bund, 26 Kantone und 2352 Gemeinden (Stand 1.1.2014) aufgeteilt. Dank des schweizerischen Föderalismus geht es unserem Land viel besser als zentralistisch regierten Ländern wie zum Beispiel Frankreich. Die Abschaffung der Gemeindeebene und die Machtkonzentration



Anzahl Einwohner pro Gemeinde 2014

Barga	286	Hemishofen	459	Schaffhausen	35977
Beggingen	495	Löhningen	1376	Schleithem	1710
Beringen	4311	Lohn	745	Sibilingen	838
Buch	313	Merishausen	839	Stein am Rhein	3348
Buchberg	829	Neuhausen a. Rheinfall	10318	Stetten	1332
Büttenhardt	351	Neunkirch	2063	Thayngen	5237
Dörflingen	975	Oberhallau	433	Trasadingen	603
Gächlingen	795	Ramsen	1384	Wilchingen	1707
Hallau	2097	Rüdlingen	758	Total	79579

Grafik: © Zeitgeschehen im Fokus, roho, 2016

Quellen: Wirtschaftsamt Kanton Schaffhausen vom 10. März 2015 und Tages-Anzeiger

on auf Kantonsebene sind unschweizerisch.»¹

Auch der Verband der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Kantons Schaffhausen warnte in seiner Stellungnahme vom 9. Juni 2015 deutlich davor, die Gemeinden aufzuheben: «Ein Kanton ohne Gemeinden würde den in der Bundesverfassung garantierten Subsidiaritätsgedanken unseres bewährten föderalistischen Modells und die Gemeindeautonomie vollständig aushöhlen. (...) Er würde dazu führen, dass die Gemeinden alle ihre Aufgaben an den Kanton abgeben müssten und über keine Gemeindebehörden und Verwaltungen mehr verfügen könnten. Alle Staatsaufgaben wären zentral auf

der Ebene des Kantons angesiedelt – Gesetzgebung, Vollzug und Aufsicht.» Der Verband zweifelt auch daran, dass eine solche Variante günstiger und bürgerfreundlicher sei: «In Ortschaften, in welchen es keine Mitwirkungsmöglichkeiten mehr vor Ort gibt, gibt es auch keine Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Gemeinwesen mehr. Reine Schlafgemeinden wären die Folge, weil die Entscheidungsfindung weit weg stattfindet und die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Stimmberechtigten reduziert würden. Die Menschen würden sich noch weniger für die öffentliche Sache interessieren und engagieren. Ein solches Modell würde deshalb auch unserer direkten Demokratie

Plädoyer für die Gemeindeautonomie

«Es ging darum, dass es die Gemeinden nicht mehr gegeben hätte. Und da ist ein starkes Signal gekommen: «Wir stehen für unsere Gemeinden ein.» Die Kantonsregierung ist jetzt gefordert. Sie soll aufhören Gelder zu vergeben, ohne dass das Volk mitbestimmen kann (so wie das bei den Naturparks der Fall ist). Sie soll sich auch nicht mehr in die Gemeindeebene einmischen und aufhören, den Gemeinden mit immer noch mehr Auflagen Kosten zu produzieren, so dass diese nicht mehr wissen, wie sie sie bewältigen sollen. Die Gemeinden sind nämlich relativ gesund unterwegs, es ist der Kanton, der finanzielle Probleme hat, und dies nicht zuletzt, weil er sich in Sachen einmischt, mit denen er eigentlich gar nichts zu tun hat. Dies heisst aber nicht, dass die Gemeinden nicht selber fusionieren dürfen. Von dort soll es kommen, es soll von unten kommen, es wird auch in Zukunft Gemeinden geben, die sagen: «Wir gehen zusammen, wir sind uns einig, wir möchten das, und dem steht auch nichts im Wege.» Aber einfach nicht von oben befohlen, so wie die Vorlage es vorsah. Das Volk hat die Antwort gegeben.»

Mariano Fioretti, Schaffhauser Kantonsrat, im Interview mit Radio SRF 1, 28.2.2016

massiven Schaden zufügen.»²

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind am 28. Februar dieser Argumentation gefolgt und haben bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 75,8% das Modell A mit 54,4% und die Variante B mit 83% abgelehnt und damit Zwangsfusionen eine deutliche Absage erteilt.

Ein klares Bekenntnis zur föderalistischen Schweiz

Dies ist ein klares Bekenntnis zur föderalistischen und kleinräumigen Struktur der Schweiz, die es erlaubt, Probleme dort zu lösen, wo sie entstehen: primär auf der Gemeindeebene. In kleinen Gemeinden bestimmt die Gemeindeversammlung, bestehend aus den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde, in grösseren das von den Bürgern gewählte Gemeindeparlament über die Renovation des Schulhauses, den Bau einer Kläranlage oder einer Allzweckhalle, über die Sanierung der Gemeindestrassen,

«Uns ist es in den letzten Jahren sogar gelungen, die Verschuldung pro Einwohner stark zu reduzieren»

Die Gemeindepräsidentin von Les Enfers, Annemarie Balmer, sagte 2010 im Vorfeld der Abstimmung über die Fusion der 13 Gemeinden des Bezirks Franches-Montagnes³ in einem Interview: «Wir sind eine junge Gemeinde mit 160 Einwohnern und geringen Steuereinnahmen. Aber wir haben Kinder und Leute, die sich engagieren. Uns ist es in den letzten Jahren sogar gelungen, die Verschuldung pro Einwohner stark zu reduzieren. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass wir alle sehr günstig arbeiten. Ich als Gemeindepräsidentin bekomme pro Jahr 3000 Franken für mein Amt. Alle anderen, der Kassier, die Sekretärin, derjenige, der für die Abfallentsorgung verantwortlich ist, oder derjenige, der Pflöcke einschlägt, arbeiten für einen Stundenlohn von 25 Franken. Einer im Dorf ist Brunnenmeister, er ar-

beitet nebenamtlich, hat einen gewissen Grundlohn und wird dann nach Arbeitsaufwand entlohnt. Er schaut zur Kläranlage und liest die Wasserzähler ab. Er kennt das ganze System in- und auswendig. Wenn der Kassier nun Ende Monat die Rechnung für das Wasser bekommt und feststellt, dass in diesem Monat viel mehr Wasser verbraucht worden ist als im selben Monat in den Jahren zuvor, dann ruft er selber den Brunnenmeister an und sagt ihm: «Du, Brunnenmeister, irgendwo haben wir ein Leck, kannst du mal schauen und das in Ordnung bringen?» Dank dieser bündigen Zusammenarbeit haben wir im Bereich Wasser einen ganz kleinen Verlust und können den administrativen Aufwand sehr gering halten. Und dann gibt es auch viele, die ehrenamtlich eine Aufgabe übernehmen.»

aber auch über die Höhe des Steuerfusses. Die Sachfragen, über die abgestimmt wird, gehen die Gemeindebewohner unmittelbar etwas an. Die Möglichkeit, in Fragen des Gemeinwesens mitbestimmen zu können, trägt zur Zufriedenheit der Einwohner bei. Mit der Gemeindegrösse nimmt die Eigenverantwortung ab, da man über Dinge entscheiden muss, die einen nicht betreffen. Man kennt den Gemeindepräsidenten und die Gemeinderäte nicht mehr und die Anonymität nimmt zu.

Kleine Gemeinden sind effizienter

Das Beispiel der kleinen Gemeinde Les Enfers im Kanton Jura zeigt, dass auch das Argument, eine Grossgemeinde sei billiger, falsch ist, da in kleinen Gemeinden die Zusammenarbeit bündiger, der bürokratische Aufwand geringer ist und die Gemeindeämter nebenamtlich bestellt werden. Zudem gibt es auch viele, die ehrenamtlich eine Aufgabe übernehmen. (Vgl. Kasten) Dies zeigt deutlich, dass die Schweizer Gemeinden nicht einfach staatliche Verwaltungseinheiten sind, wie in anderen, zentralistisch organisierten Ländern. Sie sind das Herzstück unseres historisch gewachsenen, föderalistischen und direkt-demokratischen Staatswesens. Die grosse Gemeindeautonomie ist Ausdruck einer Lebenshaltung, die dem Einzelnen grösstmögliche Freiheit gewährt und ihm die Möglichkeit gibt, das Gemeinwesen aktiv und verantwortlich mit-

zugestalten. Deshalb gilt es, der heranwachsenden Generation das nötige Rüstzeug zum mündigen und unabhängigen denkenden Bürger zu geben und den jungen Leuten das kostbare Erbe so zu vermitteln, dass in ihnen der Wunsch reift, eines Tages in ihrer Gemeinde eine Aufgabe zu übernehmen und sie verantwortungsbewusst und im Sinne des Gemeinwohls zu erfüllen. ■

¹ Mariano Fioretti: Nein zu Zwangsfusionen. www.svp-sh.ch/home/aktuell/archiv/nein-zu-zwangsfusionen/

² Stellungnahme des Verbandes der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Kantons Schaffhausen vom 9.6.2015, www.gemeinden.sh/images/dokumente/HP-Stellungnahme_an_vorberatende_Kommission_Strukturreform.pdf

³ Am 25.03.2012 haben sich 11 der 13 unabhängigen Gemeinden des Bezirks Franches-Montagnes bei einer Stimmbeteiligung von 74,4% (in Les Enfers sogar 94,9%) gegen das vom Kanton vorgeschlagene Projekt einer Einheitsgemeinde ausgesprochen.

Existenzsichernde Preise in der Landwirtschaft

Die Schweizer Landwirtschaft muss erhalten und ausgebaut werden

von Thomas Kaiser

Am 3. März traf sich eine stattliche Anzahl von interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu einer «Landsgemeinde» auf dem Loorenhof in Pfäffikon. Thomas Grieder, der den Hof zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern als typischen Familienbetrieb führt, hiess die Anwesenden herzlich willkommen und bot feinen eigenen Süssmost und würzige Kalbsbratwürste an. Seit 1990 produziert Thomas Grieder unter anderem in Mutterkuhhaltung Natura Beef und verkauft seine Produkte direkt im hofeigenen Verkaufsladen. Nach dieser kurzen Begrüssung übergab er Reinhard Koradi das Wort, der die geplante Landwirtschaftsinitiative genauer erläuterte.

«Mit einer gesicherten Landwirtschaft kann die Schweiz die Versorgung der Bevölkerung mit eigenen Nahrungsmitteln garantieren und somit einen entscheidenden Beitrag zur Souveränität des Landes leisten.» Mit diesen Worten eröffnete Reinhard Koradi sein Referat. Die Forderung nach einer produzierenden Landwirtschaft verbirgt sich hinter der sogenannten Landwirtschaftserhaltungsinitiative, um den Selbstversorgungsgrad zu steigern und somit der Ernährungssicherheit tatsächlich zu erhöhen. Nach Reinhard Koradis Auffassung braucht es, um dieses Ziel nachhaltig und ohne Kompromisse zu erreichen, einen wirkungsvollen Grenzschutz. Nur damit kann erreicht werden, dass die einheimische Landwirtschaft nicht durch billige Produkte zerstört wird. Der Plan des Bundesrates, dieses Ziel mit möglichst viel Freihandel zu erreichen, wird nach Koradi nicht möglich sein. «Kartoffeln, Salat, Milch usw. sind nicht zu vergleichen mit industriellen Produkten wie Schrauben oder Radioapparaten usw.» Nur schon der begrenzte Boden, der den Landwirten keine grenzenlose Produktion erlaubt, verhindert ein Ringen mit gleichlangen Spiessen. Auch die Qualität des Bodens begrenzt die Menge der zu erntenden Produkte. Unsere Bauern müssen existenzsichernde Preise für ihre Produkte erhalten, sonst wird das



Irene Herzog und Reinhard Koradi an der «Landsgemeinde». (Bild: thk)

Arbeiten in der Landwirtschaft bald der Vergangenheit angehören.

Reinhard Koradi erwähnt am Schluss seines Referats die wichtigsten Punkte, die es zu erfüllen gilt:

- Wenn wir Nahrungsmittel importieren, müssen sie die gleiche Qualität haben, wie die einheimischen Produkte;
- Einführung von Zöllen und Mengensteuerung;
- Nahrungsmiteleinfuhr muss eingeschränkt werden;
- Schonungsvoller Umgang mit dem Boden.

Irene Herzog vom Initiativkomitee erklärt, worum es jetzt gehen muss. «Um die Landwirtschaft zu stärken, braucht es die Bürger, die sich für die Landwirtschaft einsetzen.» Mit anderen Worten, es soll eine Bewegung aus Bürgerinnen und Bürgern entstehen, die sich als politische Kraft etabliert. Zu diesem Zweck könnte man Treffen organisieren wie hier, um die Menschen über das politische Anliegen zu informieren. Nur wenn der Bürger Einblick erhält, was sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft vollzieht und dass jede und jeder in diesem Land davon betroffen sein wird, entsteht das Bewusstsein, das dazu führt, damit die Menschen sich zu Wort melden, und genau das ist es, was mit dieser geplanten Initiative erreicht werden soll. Unabhängig von politischen Parteien und den Verbänden, die häufig ihre eigene Agenda verfolgen und weit entfernt von den Problemen vor Ort politisieren, setzt sich die Bürgerbewegung für eine gesunde und regional abgestützte Landwirtschaft ein. Geplant sind

Landsgemeinden wie hier auf dem Loorenhof in Pfäffikon in allen Kantonen der Schweiz, die die Bevölkerung auf die Problematik sensibilisieren sollen. Zu diesem Zweck sucht das Initiativkomitee interessierte Bauernfamilien, die bereit sind und die Möglichkeit haben, einen Raum oder eine Scheuer zur Verfügung zu stellen, um solche Landsgemeinden durchzuführen. Über diesen Weg möchten die Initianten Menschen gewinnen, die sich an der Unterschriftensammlung aktiv beteiligen, so dass man im Schneeballsystem die geforderten 100 000 Unterschriften zustande bringt. Nur wenn eine gewisse Anzahl von Unterschriften garantiert ist und eine positive Dynamik entsteht, so Irene Herzog, hat die Initiative ein Chance.

In der nachfolgenden lebhaften Diskussion wurden verschiedene Fragen und Aspekte der geplanten Initiative erörtert. Die Stimmung unter den Anwesenden war ausserordentlich gut und von einem starken Optimismus getragen. Der Gedanke, das Schicksal selbst an die Hand nehmen zu können und sich mit dem direktdemokratischen Element der Initiative für eine gesunde, einheimische Lebensmittelproduktion einzusetzen, die den Bauern Sicherheit gibt, das Land von Lebensmittelimporten unabhängiger macht sowie zur Ernährungssicherheit beiträgt und gleichzeitig auch ein Beispiel für die Lösung des weltweiten Hungerproblems darstellt, beflügelte die Anwesenden. Der Grundstein für das weitere Wirken ist gelegt. Die Bürgerbewegung wird entstehen. ■

«Wir haben in Vietnam keinen Hunger. Wir haben Reis, und wir haben unsere Familien»

Reisenotizen aus Vietnam (Teil I)

von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger, Historikerin, Vietnam



Strassenverkehr in Ho Chi Minh Ville. (Bilder: hhg)



Graphik: Zeitgeschehen im Fokus, rohde, © 2016
Quelle: wikimedia.org

Ho Chi Minh Ville im März 2016

Als wir in Ho Chi Minh Ville morgens um 5 Uhr mit unserer Reisebegleiterin Dung auf die Strasse treten, ist es noch Nacht. Wie schon am Abend zuvor liegen auf dem Trottoir fein säuberlich ausgebreitet Waren zum Verkauf. Hier sind es Motorradhelme in allen Grössen und Farben. Dazwischen schlafen die Verkäufer mit ihren Kindern. Einige Schritte weiter verhandelt eine ältere Frau bereits mit einem jungen Mann in Uniform über den Preis von ein paar gebrauchten Schuhen. Mit einem prüfenden Blick begutachtet er die blank polierten Schuhe von allen Seiten, bevor sich die beiden handelseinig werden. Etwas weiter kauern zwei alte Frauen mit ihren spitzen, geflochtenen Hüten, die unter dem Kinn gebunden werden, vor ihren kleinen Öfen. In einer Bratpfanne brutzeln Würststreifen. Feingeschnittenes Gemüse steht zum Kochen bereit. «Sie sind sicher schon seit 3 Uhr auf den Beinen. Es braucht Zeit, bis all diese Zutaten vorbereitet sind, damit man soweit ist, bis die

ersten Kunden kommen», erklärt Dung. In einem nahe gelegenen Park zeigt uns Dung die blumengeschmückte Pagode mit den Opfergaben und erzählt, dass es in Vietnam zwar Buddhisten, Katholiken, Muslime und auch andere Religionen gebe. Allen gemeinsam und viel wichtiger sei jedoch die Verehrung der Ahnen, so sehe man in jedem Haus einen kleinen Hausaltar. Philosophischer Hintergrund sei die Lehre von Konfuzius.

«Die Trottoirs sind bereits gewischt»

Im Park machen grössere und kleinere Gruppen, zumeist Frauen, Gymnastik oder Tai Chi. Reiht man sich ein, kann man gerne mittun. Auf den Rasenflächen kehren Angestellte der Stadt die Blätter zu kleinen Haufen zusammen, die später mit einem grossen Korb zusammengesammelt werden. Auch die Trottoirs sind mit dem Besen bereits sauber gewischt und der Abfall wird dann später mit einem Wagen eingesammelt. Dung schüttelt den

Kopf: «Ich kann einfach nicht verstehen, weshalb die Leute ihre Abfälle einfach fallen lassen. Es hat doch überall Abfallkübel!» Angenehm ist auch, dass es überall öffentliche Toiletten gibt.

Unterdessen ist es Tag geworden, und auf dem Rückweg zum Hotel ist das Verkehrsaufkommen – in erster Linie Motorroller – so gross, dass das Überqueren der breiten Strassen für Fussgänger gar nicht so einfach ist.

«Kein Privatbesitz an Boden»

Später fahren wir auf dem Weg ins Mekongdelta bei herrlichem Wetter und sommerlichen Temperaturen vorbei an unzähligen Reisfeldern, in denen die Halme je nach Feld unterschiedlich hoch stehen. Bis vier Reisernten im Jahr sind im Mekongdelta möglich. «Wir haben in Vietnam keinen Hunger. Wir haben Reis, und wir haben unsere Familien,» lacht unser vietnamesischer Reiseleiter. Nun zeigt er auf kleine, farbige Monumente in den Feldern: «Das sind die Gräber unserer Ahnen, sie wol-

Fortsetzung auf Seite 16



Die Stickerin präsentiert stolz ihre Arbeit.



Auf dem Markt in Ho Chi Minh Ville.

Fortsetzung von Seite 15

len in ihrer eigenen Erde bei ihrer Familie sein.» Dann erklärt er uns, dass es in Vietnam keinen Privatbesitz an Boden gebe. Dieser sei Staatseigentum. Die Bauern könnten den Boden vom Staat pachten. Die Pacht liesse sich auch verlängern. Unterdessen gebe es auch schon Pachtverträge für die Familien bis zu 99 Jahren.

Später besuchen wir in Ben Tre ein Schulinternat für körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche. Meist kommen sie aus ärmlichen Verhältnissen. Oft sind ihre Behinderungen Spätfolgen des massiven Einsatzes von Herbiziden (z. B. Agent Orange) durch die amerikanische Armee im Vietnamkrieg zur Entlaubung der Wälder. Eine Anerkennung oder Wiedergutmachung dieses Verbrechens gegen die Menschheit von Seiten der USA fehlt bis heute.

«... zugewandt mit grosser Geduld und Herzlichkeit»

Die älteren Schüler besuchen am Morgen die Schule und lernen am Nachmittag handwerklich: Sticken, Herstellen von Dekorationen aus Holz, Papierblumen, textiles Werken oder auch Informatik. Das soll ihnen dann ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Später schauen wir einer Jugendlichen bei ihrer Stickerei zu. Der Auftrag dazu kommt aus Japan; ein Artikel aus der japanischen Verfassung eingerahmt mit hübschen Blumenranken. Seit einem Monat ist sie an der Ar-

beit, die im ganzen drei Monate dauern wird.

Zwar wird die Schule staatlich subventioniert. Aber auch der kleine Laden mit den Arbeiten der Jugendlichen von hölzernen Kochutensilien über bestickte T-Shirts bis zu schön bestickten Tischdecken trägt zum Unterhalt der Schule bei.

Die Schule ist sehr einfach, aber mit Sorgfalt ausgestattet. Schaut man den Lehrern bei ihrer Arbeit zu, so erlebt man, wie sie zugewandt mit grosser Geduld und Herzlichkeit mit den Kindern lernen. Die Kinder sind aufmerksam, wirken ausgeglichen und munter.

Integriert in die Schule ist seit 2009 ein Projekt der Vereinigung Vietcacao, welche die Entwicklung des Anbaus von Kakao unterstützt. In der Schule erfolgt die Verarbeitung der Früchte sowie die Fermentation und die Trocknung der Kakaobohnen, die dann fertigverpackt nach Europa exportiert werden. Die Bohnen sind von sehr guter Qualität und werden vor allem von französischen Chocolatiers gerne verarbeitet.

Die Fermentierung und Trocknung der Bohnen durch die Jugendlichen wird von einem ehemaligen Funktionär im Staatsdienst betreut. Er ist pensioniert und arbeitet unentgeltlich jeden Nachmittag in diesem Projekt.

Widerstand gegen die Kolonialmacht

Am nächsten Tag sind wir auf einem schmalen Wasserlauf der Can Gio

Mangrovenwälder im Mekongdelta unterwegs. Bei einem ehemaligen Stützpunkt der Aufständischen gegen die US-Armee legt das Boot an. Der auf Pfählen erbaute Stützpunkt mit seinen Verbindungsstegen ist rekonstruiert. Eine Küche, eine Sanitätsstation, eine Nähmaschine, Schlafstellen, ein grosser Tisch für die strategische Planung, eine Feuerstelle, an der aus Metallbruchstücken Waffen geschmiedet wurden. Mit einfachsten Mitteln musste der Widerstand organisiert werden; zuerst gegen die französische Kolonialmacht und später gegen die USA mit ihren Marionetten in Saigon.

Später haben wir Gelegenheit, mit einem ehemaligen Partisanen zu sprechen, Jahrgang 1928. Zur französischen Kolonialzeit hätten sie in der Schule noch lernen müssen, dass die Vorfahren der Vietnamesen die Gallier gewesen seien. Der Aufstand gegen die französische Kolonialmacht – so berichtet er – wurde mit 52 Gewehren begonnen. In seinem Dorf sei die Bevölkerung massakriert worden. Zusammen mit seiner Frau, die aus dem Adel von Hue, der alten Königsstadt stamme, sei er in den Maquis gegangen. Von den USA seien die Aufständischen Vietkong genannt worden. Kong bedeutet «Kommunist». Er sei kein Kommunist gewesen. Er sei ein Kombattant gewesen. Er sei gläubiger Buddhist. 3 Millionen Vietnamesen hätten bis 1975 ihr Leben verloren. Blindgänger und Minen hätten auch nach dem Krieg noch viele Opfer gefordert. ■